

Indigene Menschenrechtsverteidiger weltweit bedroht:

Beispiele aus Brasilien, Chile, Guatemala, Mexiko, den Philippinen, Indonesien, Indien, Kamerun und der Russischen Föderation

Brasilien/Peru: Ashaninka-Anführer von Holz- und Drogenmafia bedrängt

Das Grenzland zwischen Brasilien und Peru ist gefährlich. Illegal arbeitende Holzfäller und Drogenschmuggler nutzen das undurchdringliche Land an der grünen Grenze für ihre dubiosen Geschäfte. Wer sie dabei stört, gerät schnell in Lebensgefahr. „Ich fühle mich bedroht, wenn ich auf dem Fluss reise“, sagt Edwin Chota, Oberhaupt der Ashaninka-Gemeinde Saweto im peruanischen Bundesstaat Ucayali. „Von Saweto nach Pucallpa zu reisen, ist gefährlich geworden. Wenn uns etwas zustößt, würde es Tage dauern, bis jemand etwas merkt.“ Saweto kämpft um die Anerkennung seiner Landrechte und damit auch gegen den Sägewerkbesitzer Hugo Sorio Flores, der auf Ashaninka Land ohne ihre Genehmigung Bäume fällen lässt, um das Edelholz zu vermarkten. Aus Angst vor seinen Drohungen floh Edwin zu den Ashaninka um den Menschenrechtsverteidiger Benki Piyäko nach Brasilien. Doch auch Benki wird bedroht. Immer wieder schlägt er Alarm, wenn Holzfäller aus Peru illegal über die Grenze kommen und in das Land seines Volkes eindringen, um dort Raubbau am Regenwald zu betreiben. Hier, tief im Urwald, nutzt er Internet und Solarenergie, um Hilfe zu holen, wenn Holzräuber oder Drogenschmuggler die Grenze verletzen. Nach der Rückkehr von einer Vortragsreise in Deutschland 2009 wurde er mit einem Buschmesser angegriffen und verletzt. Menschen, die mit ihm zusammenarbeiten, werden eingeschüchtert. Trotzdem ist seine Urwaldschule Yoreka Atame, in der er indianischen und nicht-indianischen Jugendlichen naturnahe Waldwirtschaft nahe bringt, ein großer Erfolg. Diesen Einsatz hat die Stadt Weimar vor kurzem anerkannt: Benki Piyäko wurde der renommierte Menschenrechtspreis der Stadt zuerkannt, der ihm am 10. Dezember 2013, dem internationalen Tag der Menschenrechte, verliehen werden wird.

Chile: Auch Mapuche-Schamanen werden verfolgt

Schamanen, in Mapudungun Machi genannt, nehmen bis heute in den Mapuche-Gemeinden in Chile eine wichtige Stellung ein. Sie bilden das spirituelle Zentrum einer comunidad (Dorf/Gemeinschaft) und bewahren außerdem das jahrhundertealte Heilwissen. Doch im Konflikt um Land und kulturelle Rechte müssen Machi ebenso wie alle Mapuche jederzeit mit Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Misshandlung durch die chilenische Polizei rechnen. Zu Beginn des Jahres 2013 eskalierte der Konflikt um ein von den Mapuche beanspruchtes Landstück, das von der Großgrundbesitzerfamilie Luchsinger genutzt wurde. Das Farmhaus der Luchsingers brannte ab, das Ehepaar kam dabei zu Tode. Obwohl noch immer vollkommen ungeklärt ist, wer die Täter sind, wurden in der chilenischen Öffentlichkeit sofort die Mapuche verantwortlich gemacht. Machi Celestino Córdoba Transito wurde verhaftet und angeklagt, den Brandanschlag verübt zu haben. Er wurde 1,5 km vom Tatort entfernt mit einer Schusswunde verletzt aufgefunden und festgenommen. Zurzeit ist er in Temuco inhaftiert, wo ihn ein Mitglied der GfbV-Koordinationsgruppe für

Mapuche im Februar 2013 besuchen konnte. Celestino Cordoba beteuert seine Unschuld und spricht von einer konstruierten Anklage. Er habe nichts mit dem Brand zu tun gehabt, sondern sei Opfer der radikalen paramilitärischen Gruppe Comando Trizano geworden, die gegen die Mapuche agiert.

Guatemala: Indianische Umweltschützer leben gefährlich

12 Tage nach seiner Entführung wurde Daniel Pedro Mateo aus der Maya-Gemeinde Qanjob'al am 16. April 2013 ermordet aufgefunden. Sein Verbrechen: Er war Mitbegründer des kommunalen Radiosenders der Maya Snuq Jolom Konob und Anführer seiner Gemeinde, die sich gegen Bergbau- und Wasserkraftprojekte in Guatemalas Provinz Huehuetenango wehrt. Der Maler und Lehrer war außerdem Mitglied der Asamblea del Pueblos de Huehuetenango und der von Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú gegründeten WINAQ-Partei. Sein Leichnam wies Folterspuren auf. Wie Daniel Pedro Mateo ergeht es vielen Maya-Nachfahren, wenn sie sich in Guatemala gegen den Raub ihres Landes für Bergbauprojekte oder Staudämme wehren. Im März 2013 etwa wurde Encarnación Marcos Ucelo, ein Führer vom Volk der Xinca und Gegner eines Silberbergbauprojekts des kanadischen Unternehmens Tahoe Resources, erschlagen aufgefunden, nachdem er zuvor mit weiteren drei Xinca-Sprechern entführt worden war. Aura Lolita Chavez Ixcaquic, Maya K'iche aus Quiché in der gleichnamigen Region Guatemalas, wurde am 4. Juli 2012 mit weiteren Gefährtinnen in einem Bus von einer Gruppe Männer mit Macheten, Messern und Stöcken überfallen. Vier der Frauen wurden verletzt. Sie waren auf dem Rückweg von einer friedlichen Demonstration gegen die Machenschaften des Bürgermeisters von Santa Cruz, Estuardo Castro, der der Regierungspartei (Patriotische Partei) angehört. Lolita hatte eine Beschwerde gegen den Bürgermeister wegen „Machtmissbrauch, Rassendiskriminierung, Anmaßung, sozialer Ausgrenzung“ eingelegt. Sie gehört der Leitung des „Rates der K'iche zur Verteidigung des Lebens, der Mutter Natur, der Erde und des Territoriums“ (CPK) an, in dem 87 Gemeinschaften und ihre traditionellen Autoritäten zusammengeschlossen sind. Schon oft wurden CPK-Mitglieder bedroht, diffamiert, eingeschüchtert und Opfer von Gewalt. Eines von ihnen wurde am 12. Juni 2012 sogar ermordet. Schon Ende 2012 erschoss das guatemaltekeische Militär sieben indianische Demonstranten in Totonicapan.

Mexiko: Einsatz für die eigenen Rechte kann tödlich sein

In Mexiko kommt es immer wieder zu Todesfällen unter den Vertretern indianischer Gemeinden, die sich gegen den Verlust ihrer Lebensgrundlage durch Gold- und Silberbergbau, Staudämme oder Mega-Windparks wehren. So wurde am 20. Juli 2013 der Mixtece Herón Sixto López (43) im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca im Dorf San Sebastián Tecomaxtiahuaca erschossen aufgefunden. Er war im Beratungszentrum COAPI (Centro de Orientación y Asesoría a Pueblos Indígenas) als Rechtsanwalt für die indianischen Völker der Mixtec und Triqui tätig und vor seiner Entführung bereits mehrfach bedroht worden. Am 15. Juli wurde er zum letzten Mal beim Verlassen seines Büros gesehen. Fünf Tage später fand man seinen von sechs Schüssen durchsiebten Leichnam. Oaxaca ist der zweitärmste Bundesstaat Mexikos mit überdurchschnittlich großer Gewalt. Trotzdem ist die Opposition gegen die vielen Projekte für den Gold- und Silberbergbau unter der ansässigen indianischen Bevölkerung groß, denn die Menschen befürchten die Verseuchung des Wassers und die Zerstörung der Böden, die ihre Lebensgrundlage sind. Etwa 300 Unternehmen konnten sich

hier rund 31.000 Schürfkonzessionen für 800 Projekte auf einer Fläche von fast 51 Millionen Hektar sichern. Die meisten der beteiligten Firmen stammen aus Kanada. Zu den Todesopfern gehört auch Héctor Regalado Jiménez. Er setzte sich gegen den Bau großer Windparks im Isthmus von Tehuantepec ein, den der spanische Konzern Gas Natural Fenosa verantwortet. Seit Monaten nimmt dort die Gewalt gegen Gegner des Windparks zu, darunter indianische Fischer, die um ihre Existenz durch die Windräder fürchten und beklagen, nicht in die Verhandlungen um das Projekt einbezogen worden zu sein. Gemäß der UN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker ist die Konsultation und Zustimmung der Zapoteken und Ikots aber notwendig. Héctor Regalado Jiménez wurde am 21. Juli bei Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Gegnern des Windkraftprojekts angeschossen. Am 1. August erlag er seinen Verletzungen.

Philippinen: Menschenrechtler auf der Insel Mindanao werden ermordet

Auf der rohstoffreichen Insel Mindanao im Süden der Philippinen werden Menschenrechtler der Lumad-Völker regelrecht als Freiwild angesehen. Wer sich gegen Bergbau-Unternehmen wehrt, die an einem Abbau großer Eisenerzvorkommen interessiert sind, lebt gefährlich. Mehr als ein Dutzend indigene Menschenrechtsverteidiger wurden hier in den letzten Jahren bereits wegen ihres Einsatzes für ihre Landrechte ermordet. Am 24. Juni 2013 erschossen drei Bewaffnete den Menschenrechtler Fausto Bacliran vor den Augen seiner Familie. Sein Vorgänger als Sprecher der Ureinwohner in der Stadt San Fernando, Jimmy Liguyon, war am 5. März 2012 wegen seines Widerstands gegen den Bergbau ermordet worden. Bis heute wartet seine Familie auf die Verhaftung des namentlich bekannten mutmaßlichen Mörders. Bei Morden an indigenen Menschenrechtlern ist Straflosigkeit die Regel, obwohl die Behörden der Philippinen offiziell mehrfach beteuerten, alles für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern zu tun. Der Menschenrechtler Timuay Luceni Manda überlebte einen Mordversuch, doch sein elfjähriger Sohn Jordan wurde bei dem Anschlag im September 2012 getötet.

Indonesien: Papua-Menschenrechtler in Haft

In dem von Indonesien kontrollierten Westpapua fordern indigene Papua-Menschenrechtler die Anerkennung ihrer traditionellen Landrechte und mehr Selbstverwaltung für die Ureinwohner. Mindestens 76 Papua-Menschenrechtsaktivisten sind wegen ihres Engagements in Haft. Manche wurden wegen des Hissens der Morgenstern-Flagge eines unabhängigen Papua-Staates zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Andere wurden wegen Hochverrats, der Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen oder wegen mutmaßlicher Kontakte zur Papua-Freiheitsbewegung inhaftiert. Mehrfach berichteten Papua-Ureinwohner nach ihrer Freilassung über Folter und Misshandlungen in Polizeistationen und Gefängnissen.

Indien: Adivasi-Menschenrechtler im Visier der Justiz

Auch in Indiens Demokratie sind indigene Menschenrechtsverteidiger in Gefahr. Denn die Rechte der 95 Millionen Adivasi-Ureinwohner werden trotz anders lautender Gesetze massiv verletzt. So wurde am 16. Mai 2013 die indigene Menschenrechtlerin Madhuri Krishnaswamy im Staat Madhya Pradesh auf Betreiben eines einflussreichen lokalen Politikers und eines Richters verhaftet und ins Gefängnis gesperrt. Damit soll die Leiterin des Rechtshilfezentrums für Adivasi und Dalit für einen öffentlichen Protest vor fünf Jahren

bestraft werden. Damals organisierte die Menschenrechtlerin eine Demonstration vor dem lokalen Gesundheitsamt, nachdem eine Hochschwangere bei einer Krankenstation abgewiesen worden war, weil sie der Krankenschwester nicht das geforderte Schmiergeld zahlen konnte. Die Frau musste schließlich ihr Kind auf der Straße entbinden. Die Menschenrechtsverteidigerin soll für diesen öffentlichen Aufschrei nun büßen, obwohl ihr Engagement nur konsequent und im Sinne der Gesetze Indiens war. Die Menschenrechtlerin engagiert sich mit ihrer Organisation seit 14 Jahren vorbildlich für die Rechte der Adivasi und Dalit.

Weitere fünf Menschenrechtlerinnen, die sich im Bundesstaat Uttar Pradesh für die Rechte von Dalit und Adivasi einsetzen, wurden am 12. Mai 2013 tötlich angegriffen und beschimpft, als sie ein Alphabetisierungszentrum für erwachsene indigene Frauen und Dalit eröffneten. Die Angriffe waren von einem einflussreichen Großgrundbesitzer in Auftrag gegeben worden, der verhindern möchte, dass alphabetisierte Adivasi und Dalit ihre Rechte einfordern. Es ist eines der größten Probleme in den ländlichen Regionen Indiens, dass die lokalen Machthaber ganz gezielt Adivasi und Dalit rechtlos halten wollen.

Die Adivasi-Menschenrechtlerin Dayamani Barla aus dem Bundesstaat Jharkand wurde von Oktober bis Dezember 2012 im Gefängnis festgehalten, weil sie friedliche Proteste gegen Landraub und für mehr Arbeitsplätze für Ureinwohner organisiert hatte. Die Behörden versuchen immer wieder sie einzuschüchtern, da sie gemeinsam mit anderen Menschenrechtlern den Widerstand gegen den Bau von Staudämmen und Bergwerken auf dem Land der Adivasi organisiert. Gemeinsam mit ihren Kollegen von der „Plattform indigener Adivasi zur Verteidigung ihrer Existenz“ hinderte sie den indischen Arcelor-Mittal-Konzern erfolgreich daran, 40 Adivasi-Dörfer zu zerstören, um ein großes Stahlwerk zu errichten.

Kamerun: Menschenrechtsverteidiger werden eingeschüchtert

Auch in Afrika versuchen Unternehmen und einflussreiche Landbesitzer, indigene Menschenrechtler zum Schweigen zu bringen, die sich engagiert für die Rechte ihrer Völker einsetzen. So wurde in Kamerun im Mai 2013 der Menschenrechtsverteidiger Musa Usman Ndamba in der Stadt Bamenda wegen vermeintlicher Verleumdung eines Großgrundbesitzers vor Gericht angeklagt. Musa ist Sprecher der Mbororo-Nomaden und – Bauern, die im Nordwesten Kameruns seit Jahrzehnten um die Anerkennung ihrer traditionellen Landrechte ringen. Die Mbororo sind traditionell Rinder-Nomaden gewesen,

die in mehreren Staaten Westafrikas lebten. Heute kämpfen sie überall um ihr Überleben, da die Mehrheitsgesellschaft sie ausgrenzt und sich ihr Land aneignet. Die Großgrundbesitzer können sich dabei auf die tätige Mithilfe der korrupten Behörden verlassen, die gerne bereit sind, den einflussreichen Landbesitzern einen Gefallen zu erweisen. Mit seinem Kampf für Menschenrechte zog sich Musa den Ärger des in der Region mächtigsten Großbauern Alhadji Danpullo zu, der ihm nun vorwirft ihn zu verleumden. Danpullo ist so einflussreich, dass er sogar die Freilassung von fünf inhaftierten Mördern erreichen konnte, die im Juli 2012 versucht hatten, einen mit Musa befreundeten indigenen Menschenrechtler zu erschießen.

Russland: indigene Menschenrechtsverteidiger werden mundtot gemacht

Der Konflikt zwischen der russischen Regierung und dem Dachverband der „zahlenmäßig kleinen Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens der Russischen Föderation „RAIPON“ schwelt seit Jahren. Der Verband engagiert sich international im Arktischen Rat und in der ständigen Arbeitsgruppe der indigenen Völker der Vereinten Nationen für die Rechte und den Schutz der massiv diskriminierten rund 240 indigenen Völker in Russland. Er ist ihr einziges Sprachrohr. Nachdem das Justizministerium RAIPON im November 2014 für sechs Monate verboten hatte, regte sich internationaler Protest. RAIPON wurde wieder zugelassen, sein großer Jahreskongress jedoch streng kontrolliert. Der neue Präsident ist Mitglied der Putin-Partei „Einige Russland“, er wurde erst in einem dritten, offensichtlich gefälschten Wahlgang gewählt. Doch die Schikanen dauern an: Am 14. Juni 2013 wurde Dmitri Berezchkov in Norwegen auf der Grundlage eines russischen Haftbefehls verhaftet. Er hatte als ehemaliger Vizepräsident von RAIPON und einer der wichtigsten indigenen Aktivisten Russlands an der Vorbereitungskonferenz für die Weltkonferenz der indigenen Völker teilgenommen. Nach internationalen Protesten entschied sich Norwegen vorerst gegen eine Auslieferung an die Russische Föderation. „Unsere Leute leben oft auf dem Land, wo Bodenschätze gefunden wurden. Die sind für die russische Regierung so wichtig, dass alles, was wir tun, beobachtet wird. Unsere Aktivisten werden sofort vom Geheimdienst vorgeladen, sollten sie es wagen, sich kritisch zu Ölförderanlagen oder Staudämmen zu äußern. Daher haben wir Angst und fühlen uns den Machenschaften von Behörden, Geheimdienst und Regierung ohnmächtig ausgeliefert“, sagt ein Repräsentant von RAIPON.

Göttingen, den 6. August 2013